



Gesundheitswirtschaft unter Druck

DIHK-Gesundheitsreport | Frühsommer 2022

 **GemeinsamWirtschaftStärken**

DIHK

Deutscher
Industrie- und Handelskammertag

IHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammern

Wesentliche Ergebnisse auf einen Blick

Das Risiko steigender Energie- und Rohstoffpreise – schon in der Vorumfrage auf einem Allzeithoch – klettert erneut auf einen Höchstwert. Über die gesamte Gesundheitswirtschaft hinweg ist das Risiko sogar stärker ausgeprägt als der Fachkräftemangel. Auch die Arbeitskosten als Geschäftsrisiko steigen weiter an und erreichen ein Allzeithoch.

Ein Blick in die Wirtschaftsbereiche zeigt, dass die Stimmung nach wie vor sehr unterschiedlich ist. In der Pharmabranche stehen die Zeichen – trotz eines massiven Einbruchs der Geschäfts- und Exporterwartungen für die nächsten 12 Monate – insgesamt weiterhin auf Wachstum: Die Unternehmen spüren zwar massiv den Kostendruck bei den Energie- und Rohstoffpreisen. Die Auftragsbücher sind allerdings weiterhin gut gefüllt und die Investitions- als auch die Beschäftigungsplanungen bleiben weiterhin expansiv. Mehr als jedes zweite Pharmaunternehmen plant dabei in den Kapazitätsaufbau zu investieren. In der Industrie insgesamt plant dies nur gut jedes dritte Unternehmen.

Die Wachstumsaussichten in der Medizintechnik sind hingegen eingetrübt. Zwar sind die Auftragsbücher auch hier weiterhin voll und Produkte „Made in Germany“ werden in Zukunft weltweit gefragt bleiben. Jedoch blicken die Betriebe seit der Herbstumfrage 2020 immer weniger optimistisch in die Zukunft. Auch die Beschäftigungs- und Investitionsplanungen gehen zum zweiten Mal in Folge zurück. Neben steigenden Preisen für Energie und Rohstoffe sowie Lieferproblemen wirkt sich auch die neue EU-Verordnung über Medizinprodukte (MDR) negativ aus, die eine allgemeine Belastung für die Branche ist.

Im Handel mit Gesundheitsgütern brechen die Erwartungen auf ein neues Allzeittief ein. Lieferprobleme und steigende Preise für Energie und Waren bereiten große Sorgen. Viele Betriebe wollen Beschäftigung abbauen. Dabei verfestigt sich ein negativer Trend: Seit der Herbstumfrage 2019 ist der Saldo fast immer negativ. Viele Unternehmen sind z. B. verunsichert, welche Auswirkungen die schleppende Einführung des E-Rezepts auf ihre Geschäftsentwicklung haben wird.

Im Branchenvergleich ist die aktuelle Geschäftslage bei den Gesundheits- und sozialen Diensten weiterhin am schlechtesten. Die Geschäftserwartungen erreichen den niedrigsten Wert seit Sommer 2020. Neben dem Fachkräftemangel und hohen Arbeitskosten machen den Betrieben auch die steigenden Energiepreise zu schaffen. Hier sind Unternehmen wie zum Beispiel ambulante Pflegedienste von höheren Preisen für Energie wie Kraftstoff betroffen. Positiv ist hingegen, dass die Gesundheits- und sozialen Dienste weiterhin mit hohen Investitionen für die kommenden 12 Monate planen.

Geschäftslage

Geschäftslage schlechter als in der Gesamtwirtschaft

Die Geschäftslage ist geprägt von steigenden Energie- und Rohstoffpreisen als Folgen des Krieges in der Ukraine und von zunehmenden Lieferengpässen aufgrund von harten Lockdowns in China. Die einzelnen Branchen der Gesundheitswirtschaft sind dabei sehr unterschiedlich betroffen.

Über die gesamte Gesundheitswirtschaft hinweg schätzt fast jedes dritte Unternehmen (32 Prozent) seine Geschäftslage als „gut“ ein, dagegen 17 Prozent als „schlecht“. Der resultierende Saldo von 15 Punkten bedeutet eine Verschlechterung der Lage gegenüber Jahresbeginn um acht Punkte.

Nach der Herbstumfrage 2021 ist die Lage somit zum zweiten Mal innerhalb kurzer Zeit schlechter als in der Gesamtwirtschaft (hier 19 nach zuletzt 18 Punkten). Das kann ein Ende des allgemeinen Trends bedeuten, wonach die Lage in der Gesundheitswirtschaft besser als in der Gesamtwirtschaft ist. Schließlich war seit Beginn der Datenerhebung im Jahr 2008 die Lage der Gesundheitswirtschaft nur fünfmal schlechter als in der Gesamtwirtschaft.

Nur die Geschäftslage der Medizintechnik hat sich gegenüber Jahresbeginn verbessert. So bezeichnen 41 Prozent der Unternehmen der deutschen Medizintechnik ihre Geschäftslage als „gut“. 10 Prozent ordnen sie als „schlecht“ ein, wodurch sich ein Saldo von 31 Punkten ergibt (zuletzt 21 Punkte). Die Auftragsbücher sind zwar noch voll. Dennoch befindet sich die Lage aufgrund von hohen Energie- und Rohstoffpreisen und Lieferkettenprobleme noch weit unter dem Niveau vor der Corona-Pandemie. Zum Vergleich: Zu Jahresbeginn 2020 lag der Saldo noch bei 41 Punkten.

Auch die Stimmung in der pharmazeutischen Industrie erreicht noch nicht das Niveau vor der Corona-Pandemie und hat sich gegenüber der Vorumfrage auch wieder verschlechtert (26 nach zuletzt 30 Punkten). Die Geschäftslage im Handel mit Gesundheitsgütern hat sich nach zuletzt positiven Entwicklungen sogar deutlich eingetrübt (elf nach zuletzt 29 Punkten). Im Branchenvergleich ist die Stimmung bei den Gesundheits- und sozialen Diensten weiterhin am schlechtesten, stabilisiert sich jedoch im positiven Saldobereich (acht nach zuletzt elf Punkten). Zum Vergleich: Zu Beginn der Corona-Krise war der Saldo noch negativ (minus elf im Frühsommer 2020).

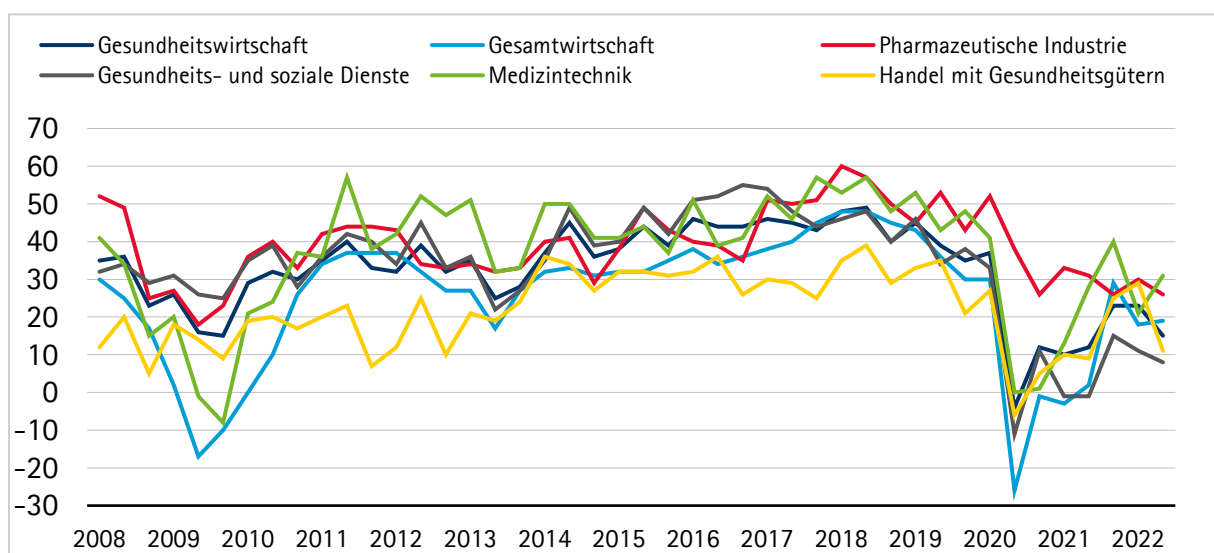


Abb. 1: Entwicklung der Geschäftslage in der Gesundheitswirtschaft (Saldo aus „gut“ und „schlecht“ Anteilen)

Geschäftserwartungen für die kommenden zwölf Monate

Erwartungen trüben sich stark ein – Allzeittief im Handel

Angesichts des russischen Überfalls auf die Ukraine und harten Lockdowns in China sind die Geschäftserwartungen stark eingebrochen. Es rechnen nur noch 22 Prozent der Unternehmen mit einer Verbesserung, 30 Prozent erwarten schlechtere Geschäfte. Mit einem Saldo von minus acht Punkten liegen die Geschäftserwartungen nochmals deutlich niedriger als zu Jahresbeginn (hier fünf Punkte). Im Branchenvergleich sind die Erwartungen in der pharmazeutischen Industrie noch am besten, trüben sich jedoch auch hier deutlich ein (drei Punkte nach zuletzt 32 Punkten).

Auch im Handel mit Gesundheitsgütern brechen die Erwartungen massiv ein (minus 32 nach zuletzt minus sieben Punkten) – ein neues Allzeittief. Lieferprobleme und steigende Preise für Energie und Waren bereiten große Sorgen. Nur noch zehn Prozent haben optimistische Geschäftserwartungen, während 42 Prozent mit Umsatzrückgängen rechnen. Es setzt sich ein negativer Trend fort: Seit der Herbstumfrage 2019 ist der Saldo fast immer negativ. Viele Unternehmen sind z.B. verunsichert, welche Auswirkungen die schleppende Einführung des E-Rezepts auf ihre Geschäftsentwicklung haben wird.

Auch in der Medizintechnik setzt sich ein negativer Trend weiter fort: Seit der Herbstumfrage 2020 (hier 34 Punkte) blicken die Unternehmen immer weniger optimistisch in die Zukunft (nun minus zehn nach zuletzt neun Punkten): Noch nie – abgesehen vom Beginn der Corona-Krise – war die Erwartungshaltung so niedrig. Neben steigenden Preisen für Energie und Rohstoffe sowie Lieferproblemen wirkt sich auch die neue EU-Verordnung über Medizinprodukte (MDR) negativ aus, die eine zusätzliche Belastungen für die Branche birgt.

Die Geschäftserwartungen der Gesundheits- und sozialen Dienste verschlechtern sich ebenfalls (minus vier Punkte nach zuletzt einem Punkt) und erreichen den niedrigsten Wert seit Sommer 2020. Neben dem Fachkräftemangel und hohen Arbeitskosten machen den Betrieben auch steigenden Energiepreise zu schaffen.

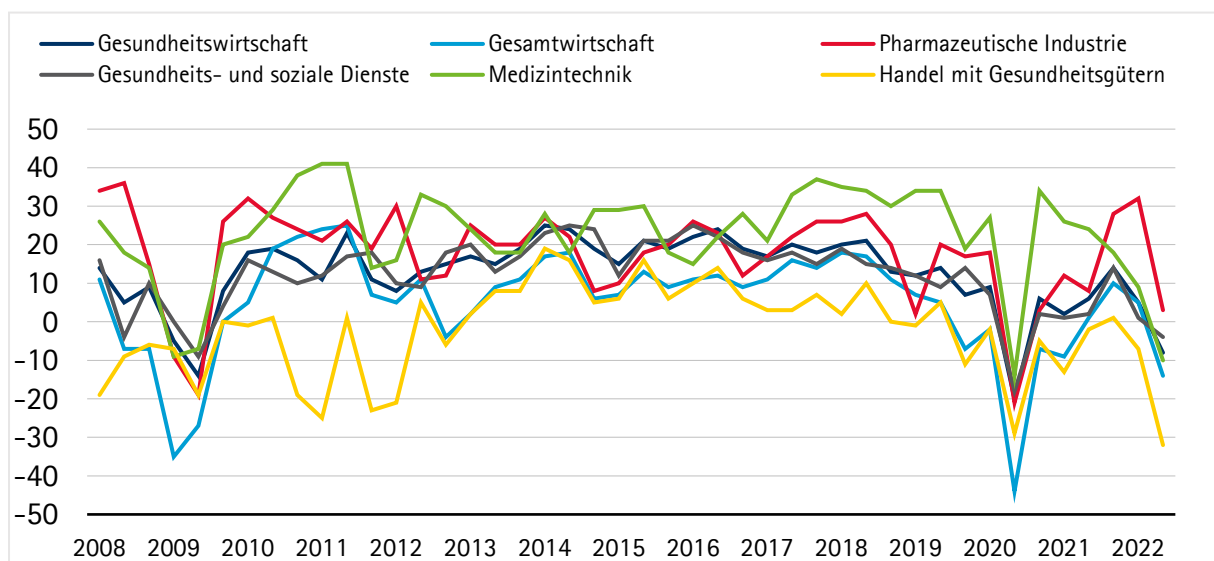


Abb. 2: Geschäftserwartungen in der Gesundheitswirtschaft (Saldo aus „besser“ und „schlechter“ Anteilen)

Geschäftsrisiken für die kommenden zwölf Monate

Rohstoff- und Energiepreise erstmals größeres Risiko als Fachkräftemangel

Die aktuellen Ereignisse, insbesondere der Krieg in der Ukraine und die Preissprünge aufgrund von Lieferkettenstörungen schlagen sich in den Geschäftsrisiken der Unternehmen nieder und drücken die Geschäftserwartungen. Das Risiko steigender Energie- und Rohstoffpreise – schon in der Vorumfrage auf einem Allzeithoch – klettert erneut auf einen Höchstwert (72 nach zuletzt 51 Prozent). Über die gesamte Gesundheitswirtschaft hinweg ist das Risiko sogar stärker ausgeprägt als der Fachkräftemangel.

Besonders in den energie- und rohstoffintensiven Branchen der pharmazeutischen Industrie (95 Prozent) und der Medizintechnik (87 Prozent) macht den Unternehmen der große Kostendruck zu schaffen. Bei der Frage, von welchen konkreten Preissteigerungen die Pharmabranche in besonderem Maße betroffen sind, nennen die Unternehmen am häufigsten höhere Einkaufspreise für bezogene Waren wie Rohstoffe und Vorprodukte (91 Prozent). An zweiter Stelle folgen für die Pharmabranche höhere Preise für Energie (78 Prozent). Auch in der Medizintechnik sind die Betriebe besonders von höheren Einkaufspreisen für bezogene Waren und Dienstleistungen betroffen (96 Prozent); gefolgt von höheren Einkaufspreisen für Energie (80 Prozent).

Auch der Handel mit Gesundheitsgütern fürchtet zunehmend steigende Energie- und Rohstoffpreise (70 nach zuletzt 45 Prozent). Dienstleistungsorientierte Gesundheits- und soziale Dienste leiden darunter etwas weniger (62 nach zuletzt 38 Prozent). Diese Betriebe sind insbesondere von höheren Preisen für Energie wie Strom und Kraftstoff betroffen (87 Prozent).

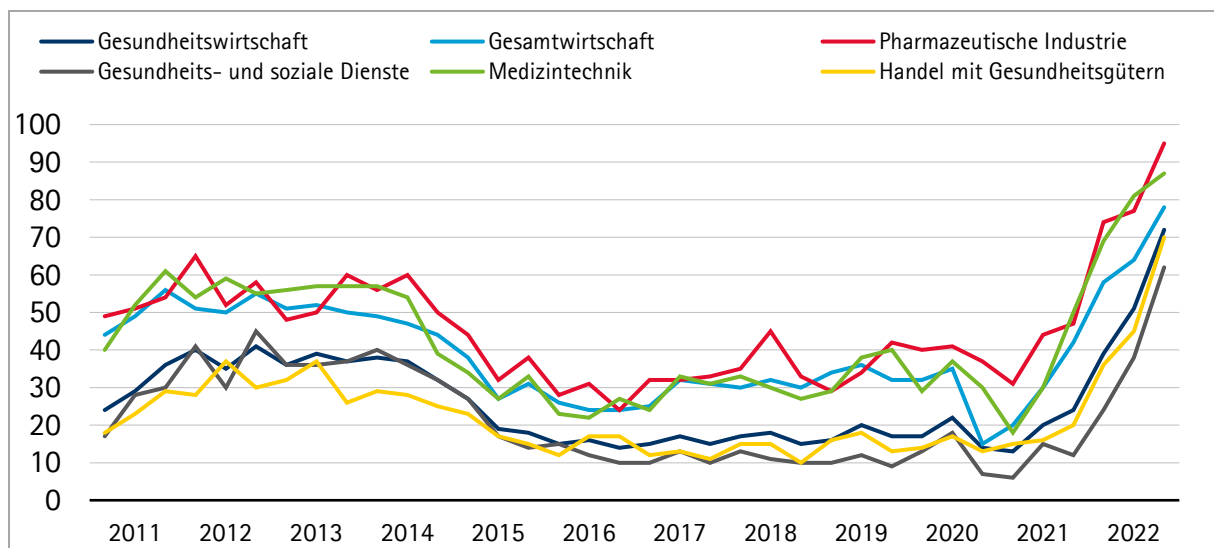


Abb. 3: Energie- und Rohstoffpreise als Geschäftsrisiko in den nächsten 12 Monaten (Anteil der Unternehmen in Prozent)

Fachkräftemangel macht insbesondere Gesundheits- und sozialen Diensten zu schaffen

Zwar tritt die Angst, nicht genügend Fachkräfte zu finden gegenüber der Sorge um die Energiesicherheit und den aktuellen geopolitischen Entwicklungen etwas in den Hintergrund. Allerdings wird der Fachkräftemangel – in der Gesundheitswirtschaft wie auch in der Gesamtwirtschaft – nicht zuletzt angesichts der demografischen Entwicklung eine der wesentlichen strukturellen Herausforderungen für die Unternehmen.

Die Risikoschätzung ist dabei mit konstant 66 Prozent weiterhin stärker ausgeprägt als in der Gesamtwirtschaft. Vor allem den Gesundheits- und sozialen Diensten macht die Personalnot zu schaffen (84 nach zuletzt 81 Prozent). Hier hat der demografische Wandel gleich zweifach Einfluss – zum einen durch den ausbleibenden Nachwuchs und zum anderen durch höheren Pflegebedarf aufgrund einer zunehmenden Zahl älterer und pflegebedürftiger Menschen.

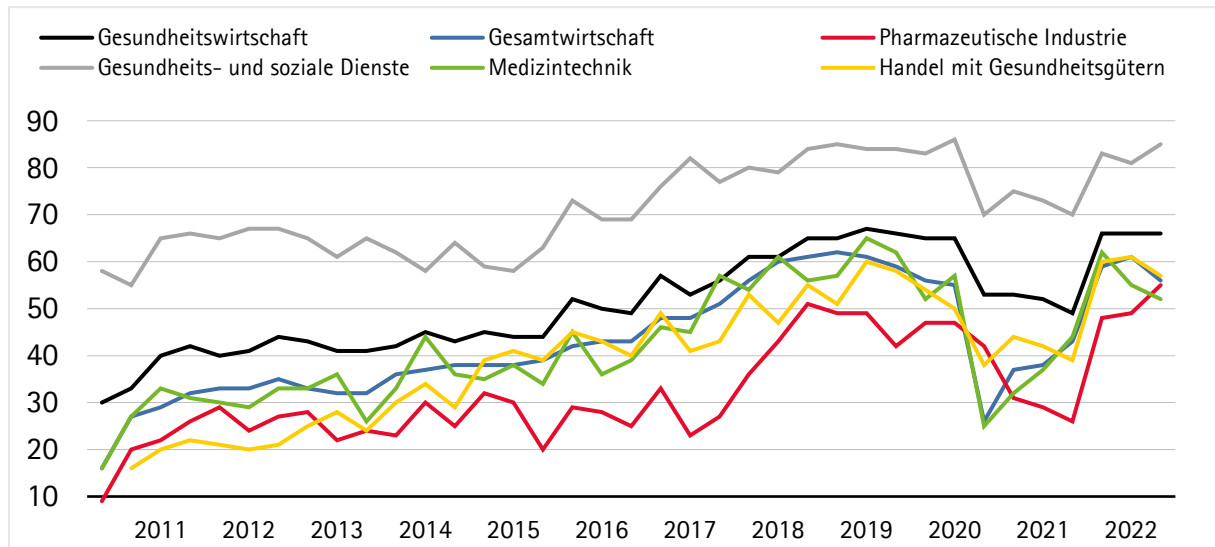


Abb. 4: Fachkräftemangel als Geschäftsrisiko in den nächsten 12 Monaten (Anteil der Unternehmen in Prozent)

Das Risiko Arbeitskosten auf neuem Allzeithoch

Neben den Problemen bei der Suche und Bindung geeigneter Fachkräfte sind auch hohe Arbeitskosten ein Risiko für die Unternehmen in der Gesundheitswirtschaft. Branchenübergreifend liegt die Risikoschätzung bei 49 Prozent (zuletzt 43 Prozent) – ein neuer Höchstwert. In allen Wirtschaftszweigen außer der Medizintechnik legt die Risikoschätzung gegenüber der Vorumfrage zu. Besonders häufig sind Gesundheits- und soziale Dienste betroffen (55 Prozent). Hier ist der Fachkräftemangel besonders ausgeprägt, der auch zu steigenden Arbeitskosten führt.

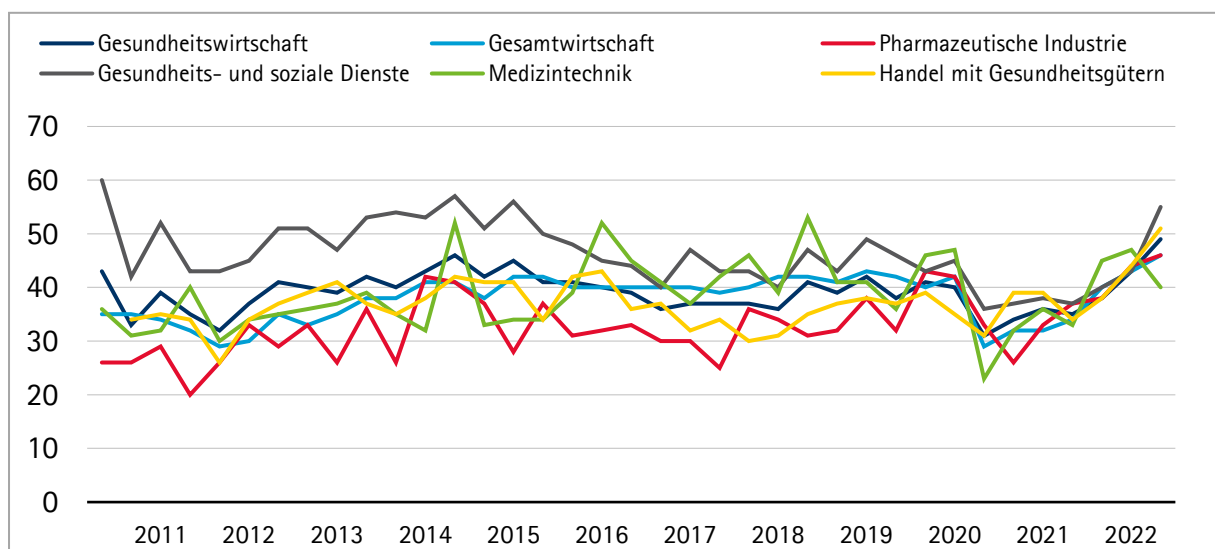


Abb. 5: Arbeitskosten als Geschäftsrisiko in den nächsten 12 Monaten (Anteil der Unternehmen in Prozent)

Wirtschaftspolitische Risiken legen wieder zu

Nach dem Allzeittief in der Vorumfrage sehen wieder mehr Betriebe die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen als Geschäftsrisiko (45 nach zuletzt 36 Prozent). Besonders viele Unternehmen im Handel mit Gesundheitsgütern (55 nach zuletzt 49) und in der pharmazeutischen Industrie (52 nach zuletzt 34 Prozent) nennen die Wirtschaftspolitik als Risiko. Insbesondere der Krieg in der Ukraine, die Sanktionen und damit verbundene Engpässe werden dabei als Risiken genannt.

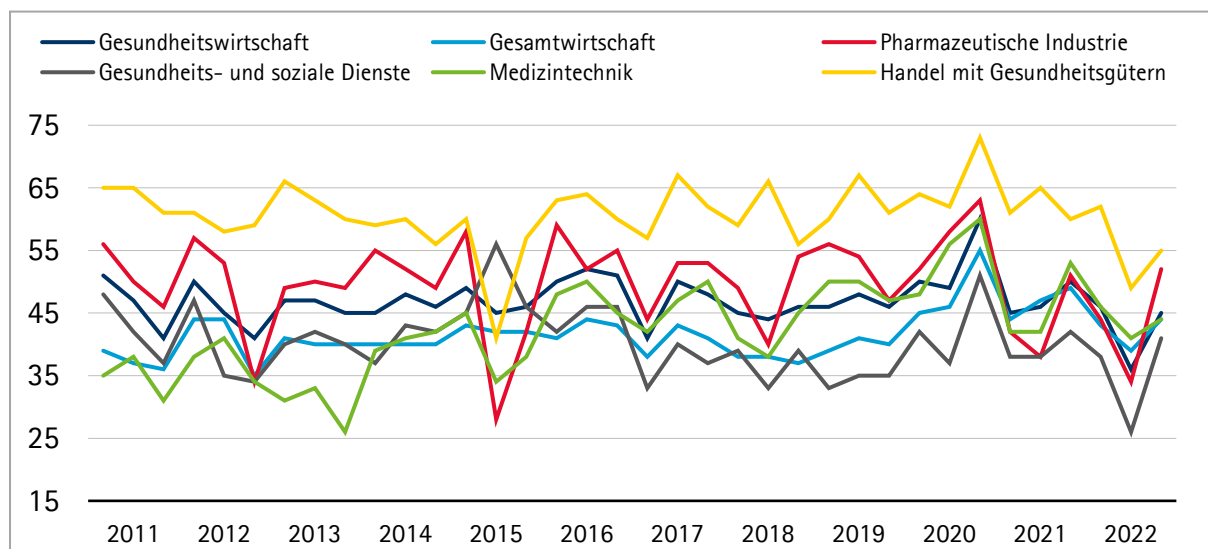


Abb. 6: Wirtschaftspolitik als Geschäftsrisiko in den nächsten 12 Monaten (Anteil der Unternehmen in Prozent)

Exportexpectationen

Erwartungen brechen ein – Nachfrage jedoch stabil

In den Hauptexportbranchen der Gesundheitswirtschaft – Medizintechnik und Pharmabranche – brechen die Exporterwartungen aufgrund anhaltender Lieferkettenstörungen und den Auswirkungen des russischen Kriegs in der Ukraine ein: In der Pharmabranche rechnen nur noch 29 Prozent mit steigenden Ausfuhren in den kommenden Monaten (zuletzt 40 Prozent). Gingen zu Jahresbeginn nur 12 Prozent von einem Rückgang der Ausfuhren im Laufe des Jahres aus, sind es nun mit 25 Prozent mehr als doppelt so viele. Der Saldo aus positiven und negativen Exporterwartungen verschlechtert sich im Vergleich zur Vorumfrage deutlich auf vier Punkte (nach zuvor 28 Punkten). In der Medizintechnik ist der Saldo sogar noch niedriger (zwei nach zuletzt 16 Punkten).

Insgesamt sind die Erwartungen in der industriellen Gesundheitswirtschaft jedoch noch deutlich besser als in der Industrie insgesamt (minus zehn nach zuletzt 20 Punkten). Ein wesentlicher Grund ist, dass die Gesundheitswirtschaft weniger konjunkturellen Einflussfaktoren als beispielsweise die Automobilindustrie unterliegt. Durch das Wachstum der Bevölkerung und den steigenden Wohlstand insbesondere in den Entwicklungs- und Schwellenländern wird sich der Bedarf an Gesundheitsleistungen weiter erhöhen. Produkte „Made in Germany“ werden deshalb auch in Zukunft gefragt sein.

So sind die Betriebe in der Medizintechnik auch weniger mit einer nachlassenden Auslandsnachfrage konfrontiert, denn die Auftragsbücher sind noch gut gefüllt. Nur 25 Prozent der Unternehmen der Medizintechnik sehen das als Geschäftsrisiko (zuvor 24 Prozent). Gleiches gilt für die Pharmabranche: Die Auslandsnachfrage ist für 30 Prozent der Unternehmen ein Geschäftsrisiko und somit weniger als im langjährigen Durchschnitt (34 Prozent).

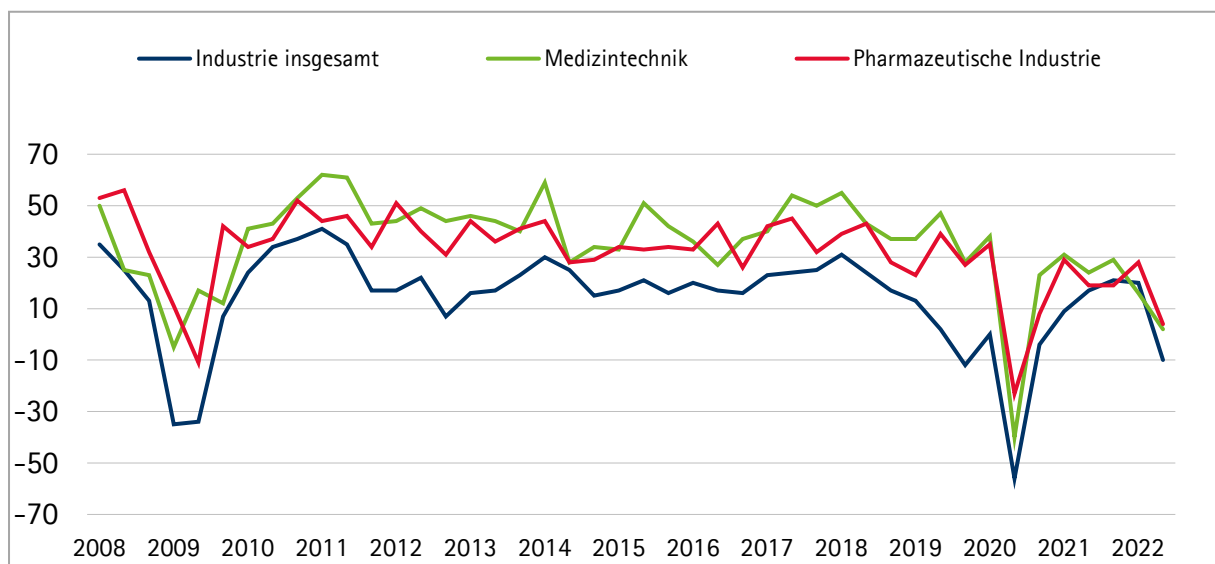


Abb. 7: Exporterwartungen der Unternehmen für die kommenden 12 Monate (Saldo aus „höher“ und „geringer“ Anteilen)

Investitionen

Investitionsabsichten weiterhin höher als in der Gesamtwirtschaft

37 Prozent der Unternehmen geben an, mehr Investitionen tätigen zu wollen. 20 Prozent der Betriebe wollen in den nächsten Monaten weniger investieren. Mit einem Saldo von 17 Punkten sind die Unternehmen etwas weniger expansiv als zu Jahresbeginn (hier 22 Punkte). Der Investitionssaldo liegt jedoch nach wie vor weit über dem Saldo der Gesamtwirtschaft (hier sechs Punkte nach zuletzt zwölf).

Mit Blick in die Branchen zeigt sich ein uneinheitliches Bild: Die Gesundheits- und sozialen Dienste (konstant 25 Punkte) und die pharmazeutische Industrie (konstant 24 Punkten) sind weiterhin sehr expansiv. Mehr als jedes zweite Pharmaunternehmen plant in den Kapazitätsaufbau zu investieren (53 nach zuletzt 51 Prozent). In der Industrie insgesamt plant dies nur gut jedes dritte Unternehmen (32 Prozent). Auch in der Medizintechnik geben mehr Betriebe an Investitionen tätigen zu wollen als in der Gesamtwirtschaft, allerdings auf einem niedrigeren Niveau als in der Vorumfrage (neun nach zuletzt elf Punkten). Dabei wollen jedoch wieder mehr Betriebe in Produktinnovationen investieren (52 nach zuletzt 46 Prozent). Das ist zwar nach wie vor weniger als im langjährigen Durchschnitt (56 Prozent), allerdings deutlich mehr als im Durchschnitt der Industrie (32 nach zuletzt 36 Prozent). Auch der Handel mit Gesundheitsgütern (sieben nach zuletzt 14 Punkten) reduziert sein Investitionsbudget gegenüber Jahresbeginn.

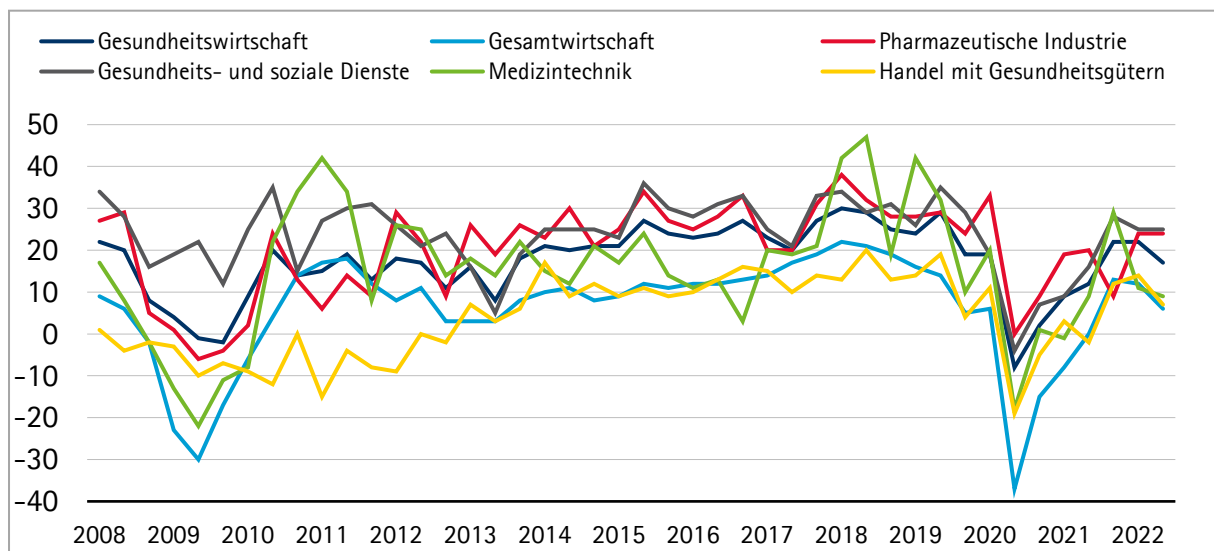


Abb. 8: Investitionsabsichten im Inland für die nächsten 12 Monaten (Saldo aus „höher“ und „geringer“ Anteilen)

Beschäftigung

Pharmazeutische Industrie weiterhin sehr expansiv

Die Beschäftigungsabsichten der Unternehmen sind gegenüber Jahresbeginn leicht gesunken und liegen mit 14 Punkten noch immer unter Niveau vor der Corona-Krise (21 Punkte zu Jahresbeginn 2020). Allerdings sind die Planungen weiterhin überdurchschnittlich. Zum Vergleich: In der Gesamtwirtschaft liegt der Saldo bei fünf nach zuletzt acht Punkten.

Die stark eingetrübten Geschäftserwartungen in der Pharmabranche spiegeln sich kaum in den Beschäftigungsplanungen wider. Mit 26 nach zuletzt 30 Punkten in der Vorumfrage stehen die Zeichen weiterhin auf einem nachhaltigen Beschäftigungsaufbau. Ein wesentlicher Grund ist der geplante starke Kapazitätsaufbau.

Die Gesundheits- und sozialen Dienste erhöhen ihre Planungen gegenüber der Vorumfrage (19 nach zuletzt 13 Punkten). Es werden vor allem personalintensive Tätigkeiten – etwa in der Altenpflege – ausgebaut. Die Suche nach geeigneten Fachkräften gestaltet sich jedoch schwer. Offene Stellen bleiben daher lange unbesetzt. Die Politik hat zwar mit verschiedenen Gesetzesinitiativen u. a. mehr Geld für Personal auf den Weg gebracht. Doch inwieweit sich die neuen Stellen angesichts des leergefegten Arbeitsmarktes besetzen lassen, ist nach wie vor fraglich. Die Betriebe der Medizintechnik (neun nach zuletzt 17 Punkten) und der Handel mit Gesundheitsgütern (minus fünf nach zuletzt 13 Punkten) reduzieren ihre Beschäftigungsabsichten hingegen deutlich.

Unter dem Strich deuten die Zeichen trotz hoher Arbeitskosten sowie verstärkter Schwierigkeiten bei der Gewinnung und Bindung von Fachkräften weiterhin auf Beschäftigungszuwachs.

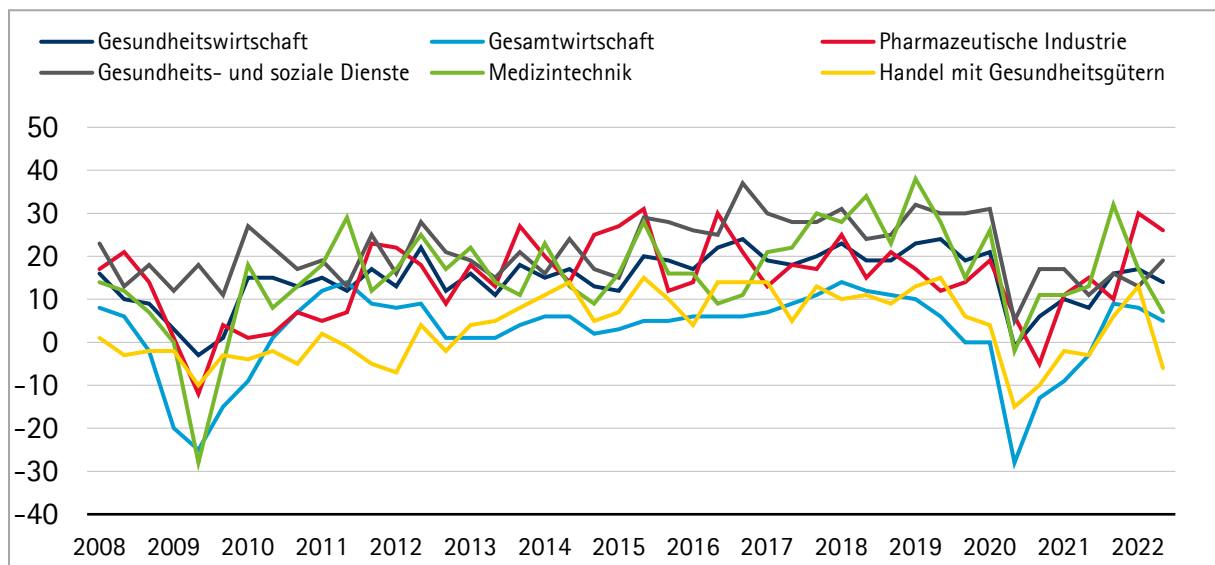


Abb. 9: Beschäftigungsplanungen der Unternehmen für die nächsten 12 Monate (Saldo aus „höher“ und „geringer“ Anteilen)

Methodik

Der Gesundheitsreport basiert auf den Ergebnissen der DIHK-Konjunkturumfrage Jahresbeginn 2022. An der Umfrage haben sich rund 700 Unternehmen der Gesundheitswirtschaft beteiligt. Zu der Gesundheitswirtschaft zählen in dieser Analyse:

- Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen
- Herstellung von Bestrahlungs- und Elektrotherapiegeräten und elektromedizinischen Geräten
- Reparatur und Wartung von Medizintechnik
- Herstellung von medizinischen und zahnmedizinischen Apparaten und Materialien
- Handelsvermittlung von pharmazeutischen Erzeugnissen, medizinischen und orthopädischen Artikeln und Laborbedarf, Ärztebedarf, Dentalbedarf, zahnärztlichen Instrumenten, Krankenhaus- und Altenpflegebedarf
- Großhandel mit pharmazeutischen, medizinischen und orthopädischen Erzeugnissen
- Apotheken
- Einzelhandel mit medizinischen und orthopädischen Artikeln
- Versandhandel mit pharmazeutischen Erzeugnissen
- Krankenversicherungen
- Forschung und Entwicklung im Bereich Biotechnologie
- Forschung und Entwicklung in den Bereichen Medizin und Pharmazie
- Beratung im Gesundheitswesen
- Vermietung von medizinischen Geräten
- Desinfektion u. Reinigung v. Praxen u. Krankenhäusern
- Gesundheitswesen (Krankenhäuser (darunter auch Vorsorge- und Rehabilitationskliniken), Arzt- und Zahnarztpraxen, Massagepraxen, Heilpraktikerpraxen etc.)
- Heime (ohne Erholungs- und Ferienheime) (Pflegeheime, Altenheime)
- Sozialwesen (ohne Heime) (u. a. Soziale Betreuung älterer Menschen, aber auch Tagesbetreuung von Kindern)

Die Angaben zu der hier ausgewerteten Umfrage werden von IHK-Mitgliedern gemacht, beispielsweise nicht von öffentlichen Einrichtungen oder ausschließlich freiberuflich Tätigen. Diese zählen zu einer umfassenden Definition der Gesundheitswirtschaft.

Impressum

Herausgeber und Copyright

© Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | Berlin-Mitte

Telefon 030 20308-0 | Fax 030 20308-1000

Redaktion: Dr. Philipp Wien, Leiter des Referats Gesundheitswirtschaft

Grafik: Friedemann Encke, Katrin Jacobs, DIHK

Bildnachweise: www.thinkstock.de | www.gettyimages.com

Stand: Juni 2022